

Liberales im Rheinland nach 1933¹

Die Gestapostelle Aachen konnte im Juli 1934 aufatmen: Nach seitenlangen Berichten über katholische Umtriebe, die aufflammende Protestfähigkeit vieler Kirchgänger und den ein oder anderen verstreuten Kommunisten konnte man in Bezug auf „liberalistische Bestrebungen“ Fehlanzeige vermelden. Im Aachener Bezirk finde man dafür – so das Urteil der Beamten – „mit seiner fast 100%-igen katholischen Bevölkerung auch kaum geeignete[n] Boden“.² Auch die Kollegen der anderen Staatspolizeistellen ließen sich ausgiebig über Katholiken, Protestanten, Sozialdemokraten oder Kommunisten aus – von liberalen Aktivitäten ist jedoch nirgends die Rede.³

Der genauere Blick in die Quellen mahnt – wie so häufig – zur Vorsicht. Rheinaufwärts formulierte der Koblenzer Regierungspräsident Harald Turner⁴ erste Zweifel an der politischen Zuverlässigkeit mancher Bevölkerungsteile. Im Gegensatz zur Beamtenschaft, in der trotz der wirtschaftlich nicht immer einfachen Lage Zuversicht herrsche, vertrete der Großteil des Bürgertums noch immer die Werte der „alten liberalen Weltanschauung“.⁵

Auch in den folgenden Monaten bemängelte er: „Ein großer Teil der Bevölkerung lebt noch immer allzusehr in individualistisch-liberalistischen Ge-

- 1 Überarbeiteter Text des Vortrags auf der Tagung „Liberalismus und Rheinland“ in Bonn vom 15.11.2017.
- 2 Lagebericht der Gestapostelle Aachen für Juli 1934. In: Anselm Faust/Bernd-A. Rusinek/Burkhard Dietz (Bearb.): Lageberichte rheinischer Gestapostellen. Bd. 1: 1934. Düsseldorf 2012, S. 209-235, hier S. 216.
- 3 Selbstredend ist o.g. „Aufatmen“ kritisch zu sehen. Zum Quellenwert vgl. auch die Anmerkungen des Bearbeiters Anselm Faust: Die Lageberichte der rheinischen Gestapostellen 1934-1936. Historische Bedeutung und wissenschaftlicher Quellenwert. In: Geschichte im Westen 27 (2012), S. 125-139. Für die westfälischen Berichte vgl. Bernd Hey: Die westfälischen Staatspolizeistellen und ihre Lageberichte 1933-1936. In: Anselm Faust (Hrsg.): Verfolgung und Widerstand im Rheinland und in Westfalen 1933-1945. Köln u. a. 1992, S. 30-39.
- 4 Horst Romeyk: Die leitenden staatlichen und kommunalen Verwaltungsbeamten der Rheinprovinz 1816-1945. Düsseldorf 1994, S. 786 f. Für Turners weitere Karriere in der SS vgl. die Bemerkungen in Ernst Klee: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945. 2. Aufl. Frankfurt am Main 2005, S. 633.
- 5 Lagebericht des Regierungspräsidenten von Koblenz für Oktober und November 1934. In: Faust/Rusinek/Dietz: Lageberichte (wie Anm. 2), S. 601-622, hier S. 607.

dankengängen.“⁶ Da werde gar die Ansicht laut, dass die „Öffentlichkeit über staatspolitische Vorgänge und über die politische Lage nicht genügend unterrichtet und daß die Bevölkerung noch immer allzusehr in ihrer freien Meinungsäußerung eingeengt werde“.⁷ Der Sicherheitsdienst verschärfte die Bedenken noch erheblich, indem er festhielt:

„[...] daß durch die Zerschlagung liberalistischer und pazifistischer Organisationen diese Gegnerkreise nicht ausgeschaltet sind. Die Bedeutung des Liberalismus liegt nicht in den Organisationsformen, sondern in der inneren Haltung der einzelnen Träger liberalistischen Gedankengutes.“⁸

Hier kollidierte ein Stück nationalsozialistischer Herrschaftspraxis – Turners Kritik stammt aus dem Kontext des sogenannten „Röhm-Putsches“ – mit einem aus dem 19. Jahrhundert tradierten Wertekanon, der ganz offensichtlich im Gegensatz zur ideologischen Praxis des NS-Staates stehen musste.

Jeder Leser sollte spätestens jetzt Ralf Dahrendorfs prominentes Verdikt von 1983 im Hinterkopf haben: ein Ausspruch, der wie kaum ein anderer eine Forschungsmeinung verkörperte, die liberale Regimegegner in der Widerstandsforschung weitgehend in den Hintergrund rücken ließ:

„Der deutsche Widerstand war einerseits sozialdemokratisch, andererseits kam er aus preußisch-rechtsstaatlichen Motiven von Militärs und Beamten; von Liberalen kam er nicht.“⁹

Ausgehend von Dahrendorfs Einschätzung versucht der vorliegende Beitrag die unterschiedlichen Facetten im Agieren liberaler Akteure, insbesondere der kommunalen und staatlichen Verwaltungsbeamten im Rheinland, nach 1933 zu erfassen. Dabei soll auf dem Gebiet der ehemaligen Rheinprovinz auch der überregional lange nur stiefmütterlich behandelten Frage nach Widerstand und Opposition auf liberaler Grundlage nachgegangen werden.¹⁰

6 Lagebericht des Regierungspräsidenten von Koblenz für Dezember und Januar 1935. In: Anselm Faust/Bernd-A. Rusinek/Burkhard Dietz (Bearb.): Lageberichte rheinischer Gestapostellen. Bd. 2,1: Januar-Juni 1935. Düsseldorf 2014, S. 100-115, S. 106.

7 Ebd.

8 Abgedruckt bei Rainer Erkens/Horst Sassin (Bearb.): Dokumente zur Geschichte des Liberalismus in Deutschland 1930-1945, Sankt Augustin 1989, S. 376-380, hier S. 376.

9 Ralf Dahrendorf: Deutschland und die Liberalen 1933 und 1983. In: liberal 25 (1983), S. 227-231, hier S. 227. Der hohe sozialdemokratische Anteil lässt sich so nicht auf das Rheinland übertragen – zumindest wenn Untersuchungskriterien, wie sie beim LVR-Sonderprojekt „Widerstand und Opposition im Rheinland 1933-1945“ bestehen, konsistent eingehalten werden. Vgl. Helmut Rönz/Markus Gestier (Hrsg.): „Herr Hitler, Ihre Zeit ist um!“ Widerstand an der Saar 1935-1945. St. Ingbert 2016.

10 Vgl. hier vor allem den grundlegenden Überblick von Jürgen Frölich: Opposition und Widerstand auf liberaler Grundlage. In: Peter Steinbach/Johannes Tuchel (Hrsg.): Widerstand gegen die Nationalsozialistische Diktatur 1933-1945. Bonn 2004, S. 167-184.

I. Liberale im Rheinland nach 1933

Ist es möglich, eine gültige Aussage über die „Lebenswirklichkeit“ der Liberalen nach 1933 zu treffen? Jeder Versuch sollte sich der Tatsache bewusst sein, dass diese Beziehungsgeschichte nicht so leicht zu erzählen ist, wie es Narrative nach 1945 gerne suggerierten.

Bereits Eric Kurlander verwies, wenn auch in manchen Punkten verkürzt, auf partikuläre Kontinuitäten oder Schnittmengen im Verhältnis von Nationalsozialismus und dem ausgezeigten parteipolitischen Liberalismus am Ende der Weimarer Jahre.¹¹ Kurlanders Studie zeigt auch, dass die Erforschung liberaler Lebenswelten, abgesehen von prominenten Akteuren oder Zirkeln, für die Zeit nach 1933 noch immer in den Kinderschuhen steckt. Das gilt für das Rheinland umso mehr.

In kaum einer anderen Region zeigte sich die schmerzlich aufgeriebene liberale „Mitte“ offenkundiger als an Rhein und Ruhr. Die linksliberale Deutsche Demokratische Partei (DDP) beziehungsweise Deutsche Staatspartei (DStP) beobachtete den Aufstieg der Nationalsozialisten aus einer zunehmend hilflos erscheinenden Position, während sich die Deutsche Volkspartei (DVP) weiter nach rechts orientierte.¹² Allzu schnell vergessen schien die Zeit, als die DVP sowohl das kommunalpolitische Leben in der Rheinprovinz maßgeblich mitgestaltet, als auch zahlreiche Impulse für liberale Kommunalpolitik außerhalb des Rheinlandes gegeben hatte.¹³ Auch die Hoffnung des ehemaligen Reichstagsabgeordneten für Düsseldorf-West Erich von Gilsa, Oberst a.D. und Direktor bei der Gutehoffnungshütte, mit seinem 1932 erfolgten DVP-Austritt und anschließendem Eintritt in die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) eine große Wanderungsbewegung zu den Deutschnationalen auszulösen, erfüllte sich nicht.¹⁴

11 Eric Kurlander: *Living with Hitler. Liberal Democrats in the Third Reich*. London 2009. Einige Schlaglichter: „Klassenübergreifende Volksgemeinschaft“, „sozialpolitischer Staatsinterventionismus“, „Mitteleuropa-Idee“, „liberaler Nationalismus“, „außenpolitischer Revisionismus“, „Antikommunismus“. 2017 war dieses ambivalente Beziehungsgeflecht Ausgangspunkt einer Tagung des Instituts für Zeitgeschichte und der Stiftung Bundespräsident Theodor-Heuss-Haus, die dieses breite Spektrum unterschiedlicher Verhaltensweisen untersuchte. Die Beiträge sind inzwischen abrufbar unter: <http://www.theodor-heuss-haus.de/e/heuss-forum/theodor-heuss-kolloquium-2017/> (Stand: 1.3.2018).

12 Nach wie vor grundlegend ist Dieter Langewiesche: *Liberalismus in Deutschland*. Frankfurt am Main 1988, S. 233–286.

13 Vgl. Stephanie Günther: *Unpolitische Kommunalpolitik? Die Deutsche Volkspartei in der Weimarer Republik*. Marburg 2011; spezifisch für das Rheinland insbesondere dies.: *Die kommunalpolitische Vereinigung der DVP Rheinprovinz als Impulsgeberin der volksparteiellen Kommunalpolitik 1919–1933*. In: *Rheinische Vierteljahrsblätter* 76 (2012), S. 226–246.

14 Für dessen Pläne zu einem Zusammenschluss von DVP und DNVP vgl. Gilsa an Dingeldey, November 1931. In: Bundesarchiv (BA), NL 2 Dingeldey, Nr. 69, Bl. 67–71; Ludwig Richter: *Die Deutsche Volkspartei 1918–1933*. Düsseldorf 2002, S. 698.

So stand die DVP spätestens nach den Märzahlen 1933 am Abgrund. Nach einer im April erfolgten Zusicherung Adolf Hitlers, alle Vertreter der Volkspartei seien willkommene Mitglieder der NSDAP, lösten sich die Parteioorganisationen der Wahlkreise (nicht ganz ohne Widerspruch) im Laufe des Frühjahrs 1933 auf.¹⁵ Otto Hugo, stellvertretender Parteivorsitzender und einer der beiden letzten Reichstagsmitglieder der DVP, hatte zwar 1932 „größte Bedenken“ gegenüber dem wirtschaftlichen Programm der Nationalsozialisten geäußert, angesichts der prekären politischen Lage 1933 aber entgegen dem Wunsch des Parteivorsitzenden Eduard Dingeldey für den Schulterchluss mit der NSDAP geworben.¹⁶

Für zahlreiche Liberale bedeutete die „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten vorerst das berufliche Aus. Andere wiederum kehrten, wenn nicht ihren liberalen Grundgedanken, dann zumindest ihrer alten parteipolitischen Herkunft den Rücken. Für den späteren Bundesminister Hermann Schäfer,¹⁷ der als überzeugter DDP-Mann die politische Landschaft Kölns ab 1925 als Stadtverordneter beeinflusst hatte, oder den ehemaligen Reichskanzler Hans Luther¹⁸ inzwischen DVP - brachte das Jahr 1933 wie für so viele andere eine berufliche Neuorientierung mit sich.¹⁹

Erschwerend kam hinzu, dass man im Rheinland nicht im gleichen Maße auf personelle Ressourcen und strukturelle Gegebenheiten zurückgreifen konnte, wie sie in Berlin, Süddeutschland, der Hamburger Robinsohn-Strassmann-Gruppe oder dem Freiburger Zirkel um Gerhard Ritter und Walter Eucken bestanden. Von dem Rückhalt eines nicht vor Einbrüchen gesicherten, aber zumindest einmal vorhandenen „Milieus“ ganz zu schweigen. Auch die einst so wirkmächtige, durch den „Westdeutschen Beobachter“ bereits

15 Horst Romeyk: Die Deutsche Volkspartei in Rheinland und Westfalen 1918-1933. In: Rheinische Vierteljahrsblätter 39 (1975), S. 189-236, hier S. 234, urteilte gar über die Auflösung der Partei: „Diese Auflösung der DVP im rheinisch-westfälischen Raum bedeutete nicht das Ende einer intakten, sondern die Liquidation einer längst zerstörten Partei“.

16 Ralf Stremmel hat das Verhalten Hugos als taktisches Lavieren im Sinne einer politischen Langfriststrategie einer geschmeidigen inneren Opposition interpretiert, freilich nicht ohne Hoffen auf den persönlichen Vorteil. Unabhängig davon verkörpere seine Biographie in vielerlei Hinsicht „das Scheitern nationalliberaler Utopien“ zum Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft. Vgl. Ralf Stremmel: Otto Hugo (1878-1942). Ein Nationalliberaler als Grenzgänger zwischen Politik und Wirtschaft. In: Geschichte im Westen 20 (2005), S. 7-22.

17 Vgl. Friedrich Henning: Hermann Schäfer (1892-1966). In: Geschichte im Westen 15 (2000), S. 114-124; Jürgen Frölich: Hermann Schäfer (1892-1966), Bundesminister. In: Portal Rheinische Geschichte, abrufbar unter: <http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/persoenlichkeiten/S/Seiten/HermannSch%C3%A4fer.aspx> (Stand: 1.3.2018).

18 Vgl. Wolfgang Hofmann: Hans Luther (1879-1962). In: Kurt G. A. Jeserich/Helmut Neuhaus (Hrsg.): Persönlichkeiten der Verwaltung. Biographien zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1648-1945, Stuttgart 1991, S. 365-369; Lothar Weiß: Hans Luther (1879-1962), Reichskanzler. In: Portal Rheinische Geschichte, abrufbar unter: <http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/persoenlichkeiten/L/Seiten/HansLuther.aspx> (Stand: 1.3.2018).

19 Vgl. auch den Beitrag von Volker Stalman in diesem Band.

zunehmend unter Druck geratene, Kölnische Volkszeitung hatte sich dem neuen System anzupassen. Spätestens zum Parteieintritt Kurt Neven Du-Monts im Jahr 1937 war das Blatt vollkommen gleichgeschaltet und die meisten Schriftleiterposten mit Parteigenossen ersetzt.²⁰

Auch Otto Hugo, der inzwischen als Hospitant zur NSDAP-Reichstagsfraktion gewechselt war, erkannte schnell, dass seine vor der Auflösung der DVP betriebene äußerliche Annäherung an die NSDAP ihn in den Augen vieler Nationalsozialisten eher verdächtig erscheinen ließ. Hugo, Leiter der Bochumer Handelskammer, versuchte noch im Mai 1933, die Leitung des Deutschen Industrie- und Handelstages zu übernehmen, nachdem der bisherige Präsident und DDP-Abgeordnete Bernhard Grund seinen Posten verloren hatte. Die Rechnung ging nicht auf; Hugo blieb an der Spitze der Bochumer Handelskammer.²¹

Auch andere Liberale hatten sich zumindest äußerlich mit den neuen Machthabern arrangiert. Dies muss nicht immer eine so spektakuläre Kehrtwende gewesen sein, wie sie beim späteren Kölner Regierungspräsidenten Rudolf Diels zu konstatieren ist, jedoch war der Bruch mit den in der sogenannten „Systemzeit“ verkörperten Werten häufig einschneidend. Erwähnter Rudolf Diels, eine mehr als schillernde Gestalt der Zeitgeschichte, war über seine Mitgliedschaft bei der DDP, welcher er seit den zwanziger Jahren angehörte, an eine Stelle im Reichsinnenministerium gelangt.

Über Zuträgerdienste während des sogenannten „Preußenschlages“ 1932 erlebte der junge Diels einen regelrechten Karrieresprung, der ihn als persönlichen Vertrauten Görings nach 1933 auf direktem Wege in die Leitungsposition des neugeschaffenen Geheimen Staatspolizeiamtes führte. Die ausufernden Reibereien zwischen Göring und Himmler verschafften dem aufstrebenden Diels einen ersten Karrieredämpfer, an dessen Ende er sich als Regierungspräsident in Köln wiederfand.²² In den zwei Jahren seiner Kölner Amtszeit gestaltete der geborene Rheinhesse die politischen Geschehnisse der Stadt, vor allem aber den Umgang mit politischen Gegnern und der katholischen Kirche, entscheidend mit.

In seiner späteren Autobiographie „Lucifer ante portas“ schilderte Diels nicht nur, wie er sich vermehrt dem Zorn Görings ausgesetzt sah, beispielsweise als er dessen Lieblingskeiler erschoss und durch „diese kühne Weidmannstat den Reichsmarschall abgrundtief kränkte“.²³ Oder als er in einem

20 Vgl. Manfred Pohl: M. DuMont Schauberg. Der Kampf um die Unabhängigkeit des Zeitungsverlags unter der NS-Diktatur. Frankfurt am Main/New York 2009.

21 Vgl. Stremmel: Hugo (wie Anm. 16), S. 14; Heinrich Oelrichs: Grund, Bernhard. In: NDB Bd. 7 (1966), S. 217 f.

22 Vgl. Klaus Wallbaum: Der Überläufer. Rudolf Diels (1900–1957), der erste Gestapo-Chef des Hitler-Regimes. Frankfurt am Main 2009. Für seine DDP-Mitgliedschaft vgl. ebd. S. 57 ff.

23 Nach: Der Spiegel, 12.5.1949, S. 6, dort auch das folgende Zitat.

„Jagdhaus Göring in einem togaartigen Lederwams erblickte und ihn unge-
niert fragte: ‚Wo hast Du bloß diesen Taucheranzug her?‘“ Er schildert auch
seine vermeintliche Strategie, in den Jahren seiner Parteidienste Schlimme-
res zu verhindern. Er erwähnte keineswegs seine aktive Teilnahme am Mord
Albrecht Höhlers, den Aufbau des Instrumentariums der Schutzhaft sowie
umfassende Aktionen gegen die jüdische Bevölkerung.²⁴

Sofern vorhanden hatte Diels seinen liberalen Wertekanon zum Zeitpunkt
seines Karrieresprungs bereits abgestreift.²⁵ Ein letzter Rest zielte ganz auf
die Errichtung eines „starken Staates“, offensichtlich ignorierend, dass sich
liberales Streben eigentlich an den „Staat der Verfassung ohne wenn und
aber“²⁶ richtete, wie Thomas Nipperdey es formuliert hat.

Das Schicksal Liberaler am Rhein nach 1933 bewegte sich zwischen den
geschilderten Facetten von Mitläufertum, Utopie und beruflichem Existenz-
verlust. Es waren auch Liberale, die auf Grundlage ihres liberalen Gesin-
nungsethos Widerstand leisteten oder zumindest in partikulare, meist zeitlich
begrenzte, Opposition zum Regime traten. Es waren viele andere, die unpoli-
tisch blieben und den Weg in die „innere Emigration“ wählten. Und es waren
wiederum andere Liberale, die aufgrund ihrer parteipolitischen Vergangen-
heit oder ihres Glaubens emigrierten oder in Konzentrationslager deportiert
wurden.

II. Liberale in der Verwaltung. Ausgewählte Fallbeispiele

Im wissenschaftlichen Diskurs hat sich im Laufe der letzten Jahrzehnte die
Formel der sogenannten „inneren Emigration“ als besonders langlebig er-
wiesen. Ihre Stichhaltigkeit gilt es aber eben nicht nur aus der Perspektive
liberaler „Exponenten“ wie Theodor Heuss zu überprüfen. Vielmehr sollte
umfassend in die Basis der Parteien geblickt werden, um andere abgrenzbare
und damit untersuchbare Aspekte zu erfassen.

Lohnend ist dies beispielsweise im Falle einer Untersuchung im Bereich
der leitenden kommunalen und staatlichen Verwaltungsbeamten der Rhein-
provinz. Denn auf fast allen Ebenen des Verwaltungsbetriebes waren Libera-
le zu finden, wenn auch „nur“ mit DVP-Hintergrund. Es stellt sich zwangs-
läufig die Frage, inwiefern Beamte nationalliberaler Prägung in die eben auf-
geworfenen Schemata passten; oder gar – wie es manches Narrativ nach

24 Vgl. Daniel Siemens: *The Making of a Nazi Hero: The Murder and Myth of Horst Wessel*.
London 2013, S. 189 f.; Wallbaum: *Der Überläufer* (wie Anm. 22), S. 266.

25 Vgl. ebd., S. 350.

26 Thomas Nipperdey: *Deutsche Geschichte*. Bd. 1: 1800-1866. Bürgerwelt und starker Staat.
München 1994, S. 725.

1945 formulierte – eine (liberale?) Sonderidentität der Beamtenschaft an Rhein und Ruhr bestand.²⁷

Das Beispiel des seit 1931 amtierenden Wuppertaler Oberbürgermeisters Julius Friedrich²⁸ zeigt, dass es nach 1933 nicht unbedingt eines Parteibuches bedurfte, um seine Stellung (vorerst) zu halten. Dennoch sollte für den Verbleib bis zum 21. Januar 1937 – an diesem Tag beantragte Friedrich seine Versetzung in den vorzeitigen Ruhestand – ein hoher Preis gezahlt werden. In geradezu vorauseilendem Gehorsam ließ er auf städtischen Gebäuden noch vor den Kommunalwahlen 1933 Hakenkreuzfahnen hissen, er begrüßte eine Ansprache des NSDAP-Kreisleiters Feick auf dem Balkon des Barmener Rathauses, hatte keine Skrupel, die städtische Verwaltung gehörig umzukrempeln und noch vor April 1933 untersagte er jegliche städtischen Aufträge an jüdische Geschäfte oder Warenhäuser.²⁹ Doch mit der zunehmenden Zerstörung der kommunalen Selbstverwaltung und dem Aufsaugen „politischer Potenz“³⁰ wurde das Verhältnis zwischen Friedrich und der immer aggressiver auftretenden Partei frostiger.

Schon der am 16.5.1933 aus dem Amt gedrängte prominente Oberbürgermeister Karl Jarres hatte die Situation in der Duisburger Verwaltung angesichts der zunehmenden Ein- und Angriffe der Partei in einem Brief an Göring als „unhaltbar und unleidlich“ kritisiert.³¹ Schonungslos ging er mit der „unverantwortlichen, jede Autorität zersetzenden“ Presse sowie der nun geübten Praxis ins Gericht: „Ein Untersuchungsausschuß zweifelhafter Legiti-

- 27 Als sich Otto Hugo für den Eintritt in die NSDAP aussprach, seien so erinnerte sich der ehemalige Vorsitzende des DVP-Wahlkreisverbandes Koblenz-Trier, Georg Sauerborn im Gespräch mit Horst Romeyk die bisherigen Wahlkreisvorstände, größtenteils bestehend aus Beamten, aufgrund ihres Backgrounds in weiten Teilen seiner Empfehlung gefolgt. Vgl. Romeyk: Deutsche Volkspartei (wie Anm. 15), S. 235, Anm. 238.
- 28 Friedrich, Julius (1883-1977), DVP-Mitglied, 1931-1937 Oberbürgermeister von Wuppertal, 1938-1939 Regierungsrat und Referent für Kirchensachen beim Regierungspräsidium Düsseldorf, zwischenzeitlich 1.11.1939-31.12.1939 kommissarischer Oberbürgermeister der Stadt Kattowitz, ab 1940 erneut Referent für Kirchensachen. Vgl. Romeyk: Verwaltungsbeamte (wie Anm. 4), S. 449.
- 29 Vgl. Uwe Eckardt: „Der Bonzentraum ist ausgeträumt, im Rathaus wird nun aufgeräumt!“ Zur Verwaltungsgeschichte 1933 bis 1937. In: Klaus Goebel (Hrsg.): Wuppertal in der Zeit des Nationalsozialismus. Wuppertal 1984, S. 27-42. Für die Person Friedrichs vgl. auch Lothar Weiß: Julius Friedrich (1883-1977), Oberbürgermeister von Wuppertal. In: Portal Rheinische Geschichte, abgerufen unter: <http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/persoentlichkeiten/F/Seiten/JuliusFriedrich.aspx> (Stand: 1.3.2018).
- 30 Horst Matzerath: Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung. Stuttgart u.a. 1970, S. 434; vgl. ders.: Oberbürgermeister im Dritten Reich. In: Gerhard Hirschfeld/Lothar Kettenacker (Hrsg.): Der „Führerstaat“. Mythos und Realität. Studien zur Struktur und Politik des Dritten Reiches. Stuttgart 1981, S. 228-252; Sabine Mecking: „Immer treu“. Kommunalbeamte zwischen Kaiserreich und Bundesrepublik. Essen 2003, S. 208 f.
- 31 Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin, Rep. 77, Nr. 33, Jarres an Göring, 30.4.1933. Zit. nach: Matzerath: Selbstverwaltung (wie Anm. 30), S. 78.

mation folgte dem anderen, so daß keiner mehr weiß, wer Koch und Kellner ist.“³²

Einen anderen Karriereweg hatte das ehemalige DVP-Mitglied Konrad Gorges³³ eingeschlagen. Im April 1933 der Empfehlung zum Beitritt in die NSDAP gefolgt, amtierte er seit Beginn des Monats als Landrat des Kreises Altenkirchen. Im August 1938 wechselte er auf die freigewordene Oberbürgermeisterstelle in Trier, nachdem es Gauleiter Simon misslungen war, den von Parteistellen favorisierten Nikolaus Simmer auf die Stelle zu setzen. An der Mosel zeichnete sich Gorges vor allem durch Verwaltungsgeschick aus. Im August 1943 übernahm er parallel die Nachfolge des Oberbürgermeisterpostens von Luxemburg.

In den Entnazifizierungs- und Spruchkammerakten begegnet uns ein Verwaltungsbeamter, der alles andere als ein „typischer“ Nationalsozialist gewesen zu sein scheint. Weder sei Gorges häufig in SA-Uniform aufgetreten, noch habe er sich der nationalsozialistischen Personalpolitik unterworfen. Vielmehr habe er seine Spielräume geschickt nutzen können, bis hin zur Rettung von Kunstwerken in Luxemburg vor dem Abtransport ins Reich.³⁴ Tatsächlich vollzog sich in seiner Amtszeit ein Bruch mit der bisherigen Politik seines Vorgängers Ludwig Christ;³⁵ in personalpolitischer Hinsicht trotz seiner evangelischen Herkunft zugunsten kirchlich gebundener Mitarbeiter jeder Couleur. Denn auch gegenüber dem Trierer Bischof Franz Bornewasser zeigte sich Gorges mehr als aufgeschlossen und durchaus zur Hilfestellung bereit.³⁶

Andererseits sprach Gorges während einer programmatischen Rede im Mai 1942 von einem „wiedererstandenen Reich, das sich auf den Schlachtfeldern der Welt seine ihm zukommende Geltung und Bedeutung siegreich“ zurückerobere und in dem „die seit der Machtübernahme begonnene Aufwärtsentwicklung Triers künftig noch stürmischer und auswirkungsreicher verlaufen“ müsse.³⁷ Partikulare Kompetenzwahrung, in mancherlei Hinsicht

32 Ebd.

33 Gorges, Konrad (1898-1968) trat am 1.4.1933 in die NSDAP ein, April 1933-Juli 1938 Landrat des Kreises Altenkirchen, 1938-1945 Oberbürgermeister von Trier, seit 1.8.1943 ebenfalls Oberbürgermeister von Luxemburg, ab Februar 1945 für wenige Wochen kommissarisch Oberbürgermeister von Koblenz. Vgl. Romeyk: Verwaltungsbeamte (wie Anm. 4), S. 475.

34 Vgl. Reinhard Bollmus: Trier und der Nationalsozialismus (1925-1945). In: Kurt Düwell/Franz Irsigler (Hrsg.): 2000 Jahre Trier. Bd. 3: Trier in der Neuzeit. Trier 2000, S. 517-590, hier S. 541.

35 Ludwig Christs Haltung gegenüber der katholischen Kirche wird ersichtlich aus einem der Stapo Trier vorliegenden Bericht des Oberbürgermeisters Christ, 7.5.1934. In: Peter Brommer (Bearb.): Das Bistum Trier im Nationalsozialismus aus der Sicht von Partei und Staat. Mainz 2009, S. 92-96.

36 Vgl. Landeshauptarchiv Koblenz, Best. 856, Nr. 220333.

37 Bollmus: Trier (wie Anm. 34), S. 540.

gar -überschreitung, vertrug sich also durchaus mit einem Dasein als Erfüllungshilfe. Auch der Weg vom ehrgeizigen Steigbügelhalter zum desillusionierten Ruheständler war nicht so weit, wie es aus der heutigen Perspektive erscheinen mag.

In keinem anderen Fall zeigt sich diese Ambivalenz deutlicher als am Beispiel des Düsseldorfer Regierungspräsidenten Carl Christian Schmid, von 1928 bis 1932 Reichstagsabgeordneter der DVP für Düsseldorf-Ost. Im Mai 1933 folgte Schmid auf den inzwischen abgesetzten Regierungspräsidenten Karl Bergemann. Bereits Monate zuvor hatte Göring ihn als Kommissar „zur besonderen Verwendung“ ins Innenministerium berufen, um die „roten Dunkelkammern“³⁸ zu durchleuchten, wie es in dem NS-Blatt „Volksparole“ hieß.

Auf dem Feld der Wirtschaftspolitik gelang es Schmid, durch seine guten Kontakte zu führenden Industriellen wichtige und eigene Impulse zu setzen, insbesondere bei der Beseitigung der hohen Arbeitslosigkeit.³⁹ Es sollte sich jedoch bald zeigen, dass seine Wünsche und Initiativen mit dem Machtanspruch der NSDAP kollidierten. Tatsächlich kam Schmid, dessen Parteieintritt später von Gauleiter Florian auf den 12.5.1932 zurückdatiert wurde,⁴⁰ in den ersten Jahren seiner Amtszeit gut mit seinen neuen Parteigenossen aus, ließ er doch stets seine Bereitschaft durchschimmern, Konflikte aus dem Weg zu räumen. Raum für Auseinandersetzungen boten dagegen vor allem die Polizeiverwaltung sowie die Besetzung von Oberbürgermeisterposten, sah sich Schmid zunehmend mit der Herausforderung konfrontiert, seine zweifellos vorhandenen fachlichen Ansprüche gegenüber einer Reihe von Parteibuchbeamten zurückzustellen. Dennoch: Um Spannungen zu vermeiden, wusste er sich durchaus auf die Seite der Gauleitung zu schlagen. Im Falle der Besetzung des Oberbürgermeisterpostens von Mönchengladbach schrieb er an das Innenministerium:

„Würde ich bei dem augenblicklichen Zustand die fachlichen Bedenken ausschlaggebend in den Vordergrund schieben, so würde dies von der hiesigen Gauleitung als ein Mangel an Objektivität und als eine unfreundliche Haltung gegen die Wünsche der Partei hingestellt werden, was ich glaube, vermeiden zu sollen.“⁴¹

38 Volksparole, 18.2.1933. Vgl. Horst Romeyk: Düsseldorfer Regierungspräsidenten 1914-1945. In: Rheinische Vierteljahrsblätter 44 (1980), S. 237-299, hier S. 279.

39 Vgl. ebd., S. 280 f.

40 Am 31.7.1933 hatte er einen Parteiaufnahme-Antrag gestellt; Gauleiter Friedrich Karl Florian leitete das Dokument mit der Bitte weiter, das Eintrittsdatum auf den 12. Mai 1932 zurückzudatieren, „da seit diesem Zeitpunkt der Regierungspräsident durch seine aktive Tätigkeit zum vertrauten Kreis unseres Führers sowie auch des PG Göring gehört“. Vgl. ebd., S. 282, Anm. 197.

41 Zit. n. Romeyk: Regierungspräsidenten (wie Anm. 38), S. 284.

Trotzdem hatte sich Schmid durch das Festhalten an sachlichen Kriterien viele seiner Parteigenossen zum Feind gemacht. Im Fall der Besetzung von Landratsämtern oder der Nachfolge des abgetretenen Julius Friedrich spannte sich die Lage derart an, dass Schmid letztlich auch Florians Rückhalt verlor, der sein Vorankommen im Jahre 1933 noch maßgeblich gefördert hatte. Hinzu kam ein weiterer gewichtiger Punkt: Schmid's Ehefrau war jüdischer Abstammung, womit der Regierungspräsident nach 1935 in seinem Amt *de jure* nicht mehr zu halten war.

Doch erst das Pogrom am Vormittag des 10. November 1938 brachte das Fass zum Überlaufen. Als rund 2000 Personen zum Regierungsgebäude zogen, um gegen den dort sitzenden hochrangigen „jüdisch-versippten“ Beamten – das Gaupropagandaamt hatte die Situation entsprechend befeuert – zu protestieren, zog Schmid die Reißleine. Am Folgetag bat er um Urlaub und die Versetzung in den einstweiligen Ruhestand.⁴²

Greift man die eben genannte Ambivalenz auf, lässt sich auch im Falle Schmid's ein unbedingtes Festhalten an der staatlichen Autorität konstatieren, die erst dann zum Konflikt mit der Düsseldorfer NSDAP führte, als diese mit ihren ausufernden Forderungen das Einschreiten der von ihm geleiteten Aufsichtsbehörde herausforderte. Wie viele andere war Schmid kein lupenreiner Nationalsozialist, sondern ein gut geöltes Rädchen im von der NSDAP mehr und mehr überwölbten Verwaltungsapparat. Das konfliktreiche Ringen um Verwaltungsspielräume und vorausseilender Gehorsam schlossen sich in keinem der angezeigten Fälle aus, bildeten im Falle von Schmid gar eine absichernde Symbiose.

Ein großer Teil der rheinischen Spitzenbeamtenschaft mit liberalem Hintergrund war bis zum Beginn des Krieges in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden, häufig auf eigenen Antrag, um in der Wirtschaft aktiv zu werden. Doch regionale Handlungsspielräume mussten keineswegs zu einer oppositionellen Praxis führen. Zumindest äußerlich hatten alle ihren Frieden mit den neuen Machthabern geschlossen. Auch wenn der alleinige NSDAP-Beitritt eine nachrangige Aussagekraft besitzt, fällt auf, dass eben jene Beamten, die unmittelbar nach den Märzahlen 1933 in die NSDAP eintraten, der DVP spätestens bis 1932 den Rücken gekehrt hatten.

42 Vgl. Martin Schumacher (Hrsg.): M.d.R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933-1945. 3. erw. Aufl. Düsseldorf 1994, S. 425 f.

III. Widerstand auf liberaler Grundlage

Das Problem des Liberalismus, der NS-Ideologie vor und nach 1933 als vermeintliche Antwort häufig nur die Ideologiekritik entgegensetzen zu können,⁴³ macht sich auch in der wissenschaftlichen Erfassung jener Fälle bemerkbar. In seinen „Freiheitskämpfen“ schrieb Friedrich Naumann, dass kein politischer Gedanke ohne Organisation den Sieg erringen könne. Anschließend merkte er jedoch an: „[...] von allen politischen Richtungen aber ist der Liberalismus am schwersten organisierbar“.⁴⁴ Aus Sicht der Widerstandsforschung scheinen Liberale nicht nur am schwersten organisierbar, ihre Spuren sind häufig zugleich am schwersten zu verfolgen. An Rhein, Ruhr und Saar besaßen die Liberalen keine klassischen Hochburgen wie in Südwestdeutschland oder gar Hamburg. Durch den schnellen Zerfall der Parteien und damit verbundener Organisationen und Strukturen um das Jahr 1933 musste sich der bürgerlich-liberale Widerstand „zuerst einmal finden“.⁴⁵

Fällt heute der Begriff des „liberalen Widerstands“, denkt man zuerst an die Robinsohn-Strassmann-Gruppe, deren Aktivitäten sich vor allem auf Planungen für die Nachkriegszeit und die Überwindung des Nationalismus durch ein Bekenntnis zu Europa konzentrierte.⁴⁶ Die Gruppe unterhielt Verbindungen zum Goerdeler-Kreis, zur Militäropposition, zur Bekenntenen Kirche, zum Kreisauer Kreis und zu Gewerkschaftsvertretern. Oder man denkt an den oppositionellen Zirkel um Robert Bosch oder die nun endlich in ein breiteres Licht gerückte Gruppe um Eduard Hamm.⁴⁷

Doch auch im Rheinland fanden sich Personen, die sich – legt man einen breiten Widerstandsbegriff an – auf Grundlage ihrer liberalen Prägung zumindest in Teilen widerständig, oppositionell oder nonkonform verhielten. Dies konnte sich bereits im Festhalten an Gesprächskreisen und der Diskussion politischer und wirtschaftlicher Fragen artikulieren, so beispielsweise in der Neuwieder Gastwirtschaft „Deutsches Haus“ im Mai 1934.⁴⁸ Es führte aber auch zu lauter und direkter formulierten Protestrufen, wie durch das

43 Vgl. den Beitrag von Helmut Rönz in diesem Band.

44 Friedrich Naumann: Erneuerungsprobleme. In: Ders.: Freiheitskämpfe. Berlin 1913, S. 63–77, hier S. 73.

45 Ansgar Klein: Bürgerlicher Widerstand, Retterwiderstand und Alltagswiderstand im Saarland 1935–1945. In: Rönz/Gestier: „Herr Hitler“ (wie Anm. 9), S. 183–210, hier S. 189.

46 Vgl. Horst Sassin: Liberale im Widerstand. Die Robinsohn-Strassmann Gruppe 1934–1942. Hamburg 1993.

47 Vgl. Joachim Scholtyseck: Robert Bosch und der liberale Widerstand gegen Hitler 1933 bis 1945. München 1999; Manuel Limbach: Eduard Hamm - Ein Weimarer Liberaler im Widerstand gegen den Nationalsozialismus. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 23 (2011), S. 241–255.

48 Vgl. Stadtarchiv Koblenz (StAKo), S10, Nr. 2, p. 55.

Schreiben oppositioneller, die NS-Führung karikierender, Postkarten durch den pensionierten Betriebsleiter der Kölner Stadtbahn Rudolf Krüger.⁴⁹

Ein breiter angelegtes oppositionelles Engagement ist aus dem noch nicht angeschlossenen Saargebiet festzustellen. Dieses war nicht nur für Kommunisten, Sozialdemokraten und Juden zu einer ersten Exilstation geworden, sondern auch für Liberale.⁵⁰ Der ehemalige Redakteur des Saarbrücker Abendblattes Peter August Stern baute an der Saar mit 26 Jahren den Westlandverlag auf, nachdem er seine Anstellung durch die Hochzeit mit seiner jüdischen Frau verloren hatte. Die gleichnamige Wochenzeitung, die er seit November 1933 herausgab, bildete ein Sammelbecken verschiedenster, vor allem aber von sozialliberalen Stimmen. Seine Frau erinnerte sich später: „Die Sozialisten hatten die Volksstimme und die Freiheit. blieb eine Leere: Wer erfaßt die nicht konfessionellen, nicht sozialistischen Intellektuellen, die Anwälte, Doktoren, Ingenieure, Lehrer, Kaufleute?“⁵¹ Die Zeitung fand durch Schmuggel über die Schweiz und Luxemburg auch im Reich weite Verbreitung. Dabei zählten bekannte Namen wie Konrad Heiden oder Fritz Meyer zu ihren Mitarbeitern. Der Stabsleiter von Gauleiter Josef Bürckel schrieb rückblickend: „Der Gegner verfügte an der Saar über eine ausgezeichnete Presse. Besonders das Westland [...]. Hier hatte sich der alte Kurfürstendamm versammelt und schrieb jenen Stil, den früher die Weltbühne schätzte.“⁵² Doch noch vor dem Anschluss des Saarlandes im Jahr 1935 war die Zeitung durch ein Täuschungsmanöver der Nationalsozialisten stillgelegt worden.⁵³

Ähnlich erging es Arnold Nagel. Der mit der DSVP sympathisierende Chefredakteur der Saarbrücker Zeitung hatte bereits im März 1933 seine Anstellung verloren.⁵⁴ Bis 1937 blieb er an der Saar und publizierte weiter, was letztlich dazu führte, dass das Gespann um Ernst Strassmann und Hans Robinsohn auf ihn aufmerksam wurde. Für sie fungierte er als Kontaktperson an der Saar. Neben ihm unterhielt die Gruppe auch zahlreiche weitere Ver-

49 Vgl. Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Abteilung Rheinland (LAV NRW R), Gerichte Rep. 112, Nr. 11509.

50 Vgl. Martin Schlemmer: Politik und Raum Saar bis 1935. In: Rönz/Gestier: „Herr Hitler“ (wie Anm. 9), S. 47-84.

51 Vgl. Klaus-Michael Mallmann/Gerhard Paul: Das zersplitterte Nein. Saarländer gegen Hitler. Bonn 1989, S. 244 in deren Besitz sich auch die autobiographischen Notizen Sterns sowie eidesstaatliche Erklärungen der Witwe befinden.

52 Ebd., S. 245.

53 Um die publizistische Gefahr der Zeitung einzudämmen, gelang es den Nationalsozialisten, den Finanzier in Paris vom Verkauf des „Westlands“ zu überzeugen. Die Mitarbeiter verließen die Redaktion des Westlands, um die neue Wochenzeitung Grenzland zu gründen, die bis zur Verkündung der Abstimmungsergebnisse für die Beibehaltung des "Status-Quo" warb. Vgl. ebd.

54 Vgl. Maria Zenner: Parteien und Politik im Saargebiet unter dem Völkerbundsregime 1920-1935. Saarbrücken 1966, S. 269.

bindungen in die Rheinprovinz. Darunter waren der Aachener Zollsekretär Georg Griebel, der Ingenieur Michael Oppert aus Düren, der Kölner Bayer-Chemiker Siegfried Petersen, der Düsseldorfer Regierungsrat Henry von Zitzewitz oder der Bonner Rechtsanwalt Walter Kolb.⁵⁵

Regel Austausch bestand auch zwischen der Hamburger Gruppe und Ewald Löser. Vergeblich hatte man in der Villa Hügel versucht, Carl Friedrich Goerdeler für eine Stellung im Firmendirektorium von Krupp zu gewinnen. Stattdessen hatte er seinen engen Vertrauten und ehemals zweiten Bürgermeister von Leipzig empfohlen, woraufhin der von der NSDAP aus seinen kommunalen Ämtern verdrängte Ewald Löser 1934 nach Essen wechselte. Der als neuer Finanzdirektor fungierende, nationalliberal geprägte Löser stand anschließend nicht nur im engen Austausch mit der Gruppe um Strassmann, sondern sollte nach dem Sturz Hitlers zum Finanzminister werden.⁵⁶

IV. Fazit

Liberalen Protesthandlungen sind entgegen der lange vorherrschenden Forschungsmeinung (auch im Rheinland) auszumachen, wenn auch in sehr geringem Umfang. Doch sie speisten sich keineswegs allein aus parteipolitischer Bindung, sondern vielmehr aus dem Festhalten an einem in seiner Ausprägung durchaus variierendem liberalen Koordinatensystem sowie den Gegebenheiten vor Ort. Die Gewissensentscheidung zum Protest erschöpfte sich, wie Peter Steinbach treffend schrieb, immer aus einer „Haltung individueller Einsamkeit“.⁵⁷ Aus liberalen „Milieus“ und alten politischen Bindungen konnte zwar Widerstand erwachsen, musste es aber nicht. Ausschlaggebend für die nach 1933 getroffenen Entscheidungen war der eigene Charakter, persönliche Beziehungen und vermeintlich banale Beweggründe wie Mitleid, Angst oder alte Verbundenheit, letztlich auch das Hoffen auf den eigenen Vorteil.⁵⁸

55 Vgl. Klein: Bürgerlicher Widerstand (wie Anm. 45), S. 190; Sassin: Liberale im Widerstand (wie Anm. 46), S. 396.

56 Vgl. Sassin: Liberale im Widerstand (wie Anm. 46), S. 80 sowie Scholtyseck: Robert Bosch (wie Anm. 47), S. 209 ff. Dass es Löser, der vor seinem Dienstantritt noch ausdrücklich gefordert hatte, „keine Firmenpolitik unter Gesichtspunkten der Parteipolitik zu betreiben“, es aufgrund seiner regimekritischen Haltung seit Kriegsausbruch zunehmend schwerer hatte, zeigt die Untersuchung von Harold James: Krupp. Deutsche Legende und globales Unternehmen. München 2011, S. 206, 212.

57 Steinbach sprach dabei die polarisierende Geschichte des saarländischen Bergingenieurs Kurt Gerstein an. Vgl. Peter Steinbach: Kurt Gerstein. Der Einzeltäter im Dilemma des exemplarischen Handelns. In: Jahrbuch für Westfälische Kirchengeschichte 91 (1997), S. 183–197, hier S. 189.

58 Aus diesem Kontext stammt auch das Entlastungsschreiben des erwähnten Karl Jarres für den ersten Leiter der NS-Ordensburg Vogelsang und späteren Gauarbeitsamtspräsidenten

Aus diesen und vielen anderen persönlichen Gründen machte auch ein Großteil der liberalen Beamenschaft ihren Frieden mit den neuen Machthabern. Erst im Zuge der Beschneidung eigener Handlungskompetenzen kam es zu größeren Streitigkeiten, die jedoch keineswegs mit genuinem Widerstand zu verwechseln sind, wobei Liberale häufig früher die Reißleine zogen als andere. Das Vorhandensein einer eigenen, die Verwaltung durchziehende Sonderidentität ist ebenso der Kategorie „Folklore“ zuzuordnen, wie die Feststellung, es habe keinen Widerstand liberaler Provenienz gegeben.

Franz Binz. Zwar verkörperte der durch und durch ideologisierte „Alte Kämpfer“ Binz ein von Jarres abgelehntes System der Parteibuchbeamten, doch trotz alledem war er ein guter Bekannter des ehemaligen Oberbürgermeisters. LAV NRW R, NW 1051, Nr. 2706, p. 11: „Ich kann nur bezeugen, dass er in seinem ganzen Verhalten dienstlich und ausserdienstlich immer das allgemeine Wohl im Auge gehabt hat.“